

2009-06-16

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 28.05.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter entschuldigt

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Bönecke begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste und stellte die ordnungs- und fristgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit mit 5 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung wurden keine Änderung- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht. Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses erhöhte sich mit dem Erscheinen zwei weiterer Ausschussmitglieder auf 7.

Abstimmungsergebnis:

5/0/0 - einstimmig

3. **Genehmigung der Niederschriften vom 25.03.2009, 01.04.2009, 15.04.2009**

Auf Anfrage von **Herrn Bönecke** wurden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zu den Niederschriften der Sitzungen am 25.03.2009, 01.04.2009 und 15.04.2009 vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

Niederschriften des Finanzausschusses am	
25.03.2009	5/0/2 – mehrheitlich
01.04.2009	5/0/2 – mehrheitlich
15.04.2009	5/0/2 – mehrheitlich

4. **Öffentliche Anfragen und Informationen**

Frau Ehlert erfragte den aktuellen Stand bezüglich des Konjunkturprogramms II unter Bezugnahme auf die jüngsten Verlautbarungen des Finanzministers des Landes Sachsen-Anhalt.

Frau Nußbeck führte aus, dass bereits mehrere Bescheide vorliegen. Dies bedeute bislang nur, dass bekannt sei, in welcher Höhe die Stadt Mittel zu erwarten habe. Bei den pauschalen Mittelzuweisungen müsse die Maßnahmeliste durch ein Gremium beschlossen werden und als Einzelmaßnahmeliste über die Kommunalaufsicht an die Investitionsbank zugeleitet werden. Ein nächster Schritt sei die Vorbereitung der Maßnahmebeschlüsse. Bezüglich jeder einzelnen Maßnahme müsse der Oberbürgermeister erklären, dass diese nach dem Gesetz förderfähig sei, dass die Voraussetzungen Grundgesetz, Artikel 104 b erfüllt und dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Hieran werde deutlich, dass dieses Verfahren kompliziert und aufwendig sei. Unter diesem Blickwinkel, so Frau Nußbeck, sei ein schnellstmöglicher Mittelfluss höchst unwahrscheinlich.

Im Weiteren informierte Frau Nußbeck über einen zum Haushaltsplan 2009 am 25.05.2009 bei der Kommunalaufsicht stattgefundenen Anhörungstermin. Das Ergebnis dieses Gespräches lässt die Verwaltung davon ausgehen, dass der Haushalt nicht beanstandet werde. Dennoch werde es eine Haushaltssperre für den Verwaltungshaushalt geben und Auflagen bezüglich kostendeckender Preise. Der Vermögenshaushalt unterliege nicht der Haushaltssperre, so dass an dieser Stelle Handlungsfähigkeit gegeben sei.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

5. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

5.1. Beschaffung Hilfeleistungslöschfahrzeug und Wechsellader für ergänzenden Katastrophenschutz Vorlage: DR/BV/178/2009/II-37

Zur Beantwortung etwaiger Anfragen wurde **Herr Schneider**, Amtsleiter Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst, begrüßt.

Die Anfrage von **Herrn Maloszyk**, ob es sich hier um eine zusätzliche Anschaffung und nicht um eine Ersatzbeschaffung handele, wurde von Herrn Schneider bejaht. Frau Nußbeck ergänzte, dass es sich hier um eine Maßnahme handele, die aufgrund der unterschiedlichen Förderprogramme des Konjunkturprogramms möglich sei. Diese Maßnahme sei nicht im städtischen Haushalt enthalten.

Herr Giese-Rehm ergänzte, dass der Haupt- und Personalausschuss dem Beschlussvorschlag mit 9/0/0 Stimmen einstimmig gefolgt sei.

Im Weiteren erfragte er, für welchen Zeitraum die Beschaffung des Ölbeseitigungsgerätes für die Freiwilligen Feuerwehren eingeplant sei.

Herr Schneider erklärte, dass diese Maßnahme auf spätere Jahre (2011/2012) geschoben werde. Bis dahin erfolge die Beseitigung von Ölspurennach der bisher angewandten Methode, d. h. mit Ölbindemittel und Hochdruckreiniger.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0 - einstimmig

5.2. Stand der Umsetzung des Haushaltsplanes im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zum 30. April 2009 Vorlage: DR/IV/053/2009/II-20

Das Wort wurde an Frau Nußbeck erteilt.

Frau Nußbeck erläuterte zu den Einnahmen im Verwaltungshaushalt, dass die Einnahmen bei der Gewerbesteuer mit ca. 700.000,00 EUR unter dem Vorjahresansatz liegen. Dabei handele es sich momentan noch nicht um Auswirkungen aus der Finanzkrise, sondern um Korrekturen aus Vorjahren.

Frau Ehlert, beruflich im Finanzamt tätig, erklärte, dass die Auswirkungen aus der Finanzkrise vermehrt deutlich werden, was sich an der Vielzahl der bereits vorliegenden Anträge auf sog. Nullbescheide für Gewerbesteuervorauszahlungen ablesen lasse.

Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt, so Frau Nußbeck, sei die Position Personalausgaben nun angeglichen und anhand des deutlich über dem Vorjahreszeitraum liegenden Ansatzes seien die Tarifsteigerungen aus dem Jahr 2008 ablesbar.

Herr Giese-Rehm erfragte die Gründe auf die erhöhten Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb. Frau Wirth erklärte, dass dies darin begründet sei, dass die Verwaltung die Einnahmen aus Hartz IV zum Soll gestellt habe.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

8. Schließung der Sitzung

Vor Beendigung der Sitzung stellte Herr Weber eine weitere öffentliche Anfrage, die er aufgrund seiner terminlich bedingten Verspätung zu Beginn der Sitzung nicht stellen konnte.

Herr Weber nahm Bezug auf die aktuelle Steuerschätzung und erfragte, ob es auf dieser Basis bereits einen Ausblick auf die Auswirkungen für den städtischen Haushalt gebe. **Frau Nußbeck** erklärte, dass es diesbezüglich noch keinen Ausblick gebe. Die Verwaltung wurde bislang über einen neuen Orientierungsdatenerlass informiert, in dem das Land einen Ausblick der Auswirkungen für die Kommunen gebe. Die Stadt selbst könne die möglichen Steuerausfälle noch nicht quantifizieren, aber die Auswirkungen zeigen sich bereits in den Anfängen durch die Anträge auf sog. Nullbescheide bei den Gewerbesteuvorauszahlungen. Die Verwaltung werde die Entwicklung monatlich analysieren und im Falle des Vorliegens des Orientierungsdatenerlasses werde ausführlich darüber informiert. Hinsichtlich der weiteren Frage zum Haushalt 2009 wiederholte Frau Nußbeck, dass vom Land eine Haushaltssperre für den Verwaltungshaushalt verhängt wurde, was mit der Haushaltskonsolidierung zusammen hänge. Der Vermögenshaushalt wird genehmigt. Aber auch im Falle dessen, dass das Land diese Haushaltssperre nicht verhängt hätte, hätte der Oberbürgermeister vor dem Hintergrund der Finanzkrise selbst diese Entscheidung getroffen.

Frau Nußbeck informierte im Weiteren darüber, dass die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau überarbeitet wurde und durch den Haupt- und Personalausschuss und den Finanzausschuss noch vor der Sommerpause beraten und zur Beschlussfassung in den Stadtrat am 19.08.2009 eingebracht werden solle. Vorgeschlagen werde eine gemeinsame Sitzung. Da am 24.06.2009 der Haupt- und Personalausschuss vor der Sommerpause letztmalig tagte und die Tagesordnung aufgrund der anstehenden Maßnahmebeschlüsse aufgrund des Konjunkturpaketes II sehr umfangreich sei, werde diese Sitzung nicht empfohlen. Es werde daher vorgeschlagen, so Frau Nußbeck, die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Sitzung des Finanzausschusses am 25.06.2009 zur Thematik dazu zu laden. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Der Bitte von **Herrn Giese-Rehm**, die Unterlagen zeitnah und nicht erst mit der Einladung zuzustellen, werde entsprochen, so **Frau Nußbeck**.

Dessau-Roßlau, 29.06.23

Matthias Bönecke
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Düring
Schriftführer